Redaktion, Verlag und Druck, von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

# Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr., monatlich 12½ Sgr., für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 472. Abendblatt. Mittwoch, den 9. Oktober. 1867.

## Deutschland.

**Berlin,** 8. Oktober. Se. Maj. der König werden nach den neuesten hier bekannten Reisedispositionen nicht, wie anfänglich bestimmt war, Ende dieser Woche, sondern erst am 20. d. hierher zurückkehren. Ihre Majestäten gedenken am 10. d. Allerhöchstsich von Weimar nach Baden-Baden zu begeben, wo am 18. das Geburtsfest Sr. Königl. Hoh. des Kronprinzen begangen werden soll, nach welchem Se. Majestät alsdann nach Berlin zurückkehren wird.

— In den diplomatischen Kreisen will man wissen, schreibt die „B. B.-Z.", daß die Rückkehr des Königs nach Baden-Baden eine politische Bedeutung habe, und glaubt man daher, daß auch der Minister-Präsident Graf Bismarck sich dorthin begeben werde.

— Wie der „Würtemb. Staatsanz." aus Schloß Friedrichshafen vom 2. d. berichtet, hat Se. Maj. der König von Würtemberg Sr. Königl. Hoh. dem Kronprinzen von Preußen das Großkreuz des Ordens der würtembergischen Krone verliehen.

— Wie die „Zukunft" hört, wird der Kämmerer Hagen für die Abgeordnetenwahl in Elberfeld-Barmen als Kandidat aufgestellt werden.

— Herr v. Forckenbeck und Graf Dohna-Kotzenau sind von den Liberalen des Wahlkreises Glogau-Lüben als Kandidaten für die Landtagswahl in Aussicht genommen, und Herr v. Forckenbeck wird selbst nach Glogau kommen, um vor den Wählern zu sprechen.

— In Beziehung auf den Antrag des Abg. Lasker für Wucherfreiheit auch bei Hypotheken beantragt der Referent Abg. v. Saltzwedell Vertagung bis zur Erledigung des Lehndorffschen Gesetzentwurfes über die Errichtung von Hypothekenbanken; der Korreferent Dr. Braun (Wiesbaden) beantragt Annahme des Laskerschen Gesetzentwurfes.

**Berlin,** 8. Oktober. (Post.) Das Wahlreglement für die bevorstehenden Abgeordnetenwahleu hat einige wesentliche Veränderungen gegen früher erhalten, und zwar solche, welche vorzugsweise auf Herbeiführung größerer Zuverlässigkeit der Wählerlisten abzielen. Früher waren diese Listen nur 2 Tage ausgelegt, jetzt sollen sie 3 Tage ausliegen und überdies noch eine Reklamationsfrist von 3 Tagen gegeben werden. Aber nicht allein die Urwähler-, sondern auch die Abtheilungslisten sollen 3 Tage hindurch ausgelegt werden und die Reklamationsfrist für diese ebenfalls 3 Tage betragen. Uebrigens wird jetzt, nachdem auch Graf Eulenburg wieder hierher zurückgekehrt ist, auch die Thätigkeit in allen Ministerien zu den Vorlagen für den nächsten Landtag beginnen. Dieselben werden sich auf wichtige Fragen beziehen müssen, welche durch die Annexion in Anregung gebracht sind und namentlich durch die Rückwirkung der Annexion auf die preußische Gesetzgebung hervorgerufen werden, also zunächst die neue Gewerbeordnung. Wenn von einer Vorlage eines neuen Wahlgesetzes für die nächste Session gesprochen wird, so scheint uns dies etwas voreilig zu sein; denn die Frage ist allerdings wohl zeitgemäß, ob die Fortdauer eines verschiedenen Systems für den Reichstag und den Landtag wohl zweckmäßig sei und wird man dieser Frage in Regierungskreisen wohl kaum die gebührende Aufmerksamkeit versagt haben. Doch aber glauben wir, daß, wenn man jetzt schon von der Vorlage eines neuen Wahlgesetzes spricht, man übersieht, daß vor Allem der Ausfall der nächsten Wahlen von der Regierung abzuwarten sein dürfte, um die Wirkung des alten Systems neben dem neuen zu erproben. Auch kann die Regierung wohl schwerlich die Vorlage eines solchen Gesetzes vorbereiten, wenn sie nicht wenigstens ungefähr die Zusammensetzung des neuen Hauses kennt, um zu wissen, ob auch eine Aenderung des Wahlgesetzes angenommen werden wird.

— Die neuliche Cirkularnote des Grafen Bismarck ist durch einen ähnlichen Erlaß des französischen auswärtigen Amtes indirekt beantwortet worden. Der Erlaß ist in einem ruhigen Tone gehalten und beschränkt sich darauf, zu konstatiren, daß die preußische Regierung es dem freien Willen der Südstaaten überlassen wolle, dem Bunde beizutreten oder nicht.

— Wie man dem „Rhein. Cour." von hier mittheilt, wird die Frankfurter Lotterie noch einige Zeit fortbestehen, da über ihr Aufhören noch keine bestimmten Beschlüsse gefaßt sind. Die nächste Lotterie wird noch ganz in der bisherigen Weise erfolgen, die folgenden jedoch nach einem neuen, von der Lotterie-Kommission noch zu entwerfenden Plane, welcher hauptsächlich in der Weise geregelt wird, daß die einzelnen Abschnitte der Loose nicht zu gering werden und das Verhältniß der Ober- und Unter-Kollekteure nach bestimmten Normen geregelt wird.

— Zu der Postkonferenz am 15. sind außer den süddeutschen Regierungen auch Luxemburg und Oesterreich eingeladen. Nach den preußischen Vorschlägen sollen die von der Konferenz festgestellten Reformen am 1. Januar 1868 in Wirksamkeit treten.

— Die Militär-Kommission beendete gestern ihre Berathung. Abg. Twesten ist Referent. Die Nationalität der Kauffahrteischiffe kommt wahrscheinlich am Sonnabend zur Plenarberathung. Die Postgesetz-Kommission erledigte das Gesetz bis auf die vier letzten Paragraphen.

— Für die Ratifikation des am 29. September unterzeichneten Vertrages wurde, wie versichert wird, eine Frist von 4 Wochen festgesetzt. Der Vertreter der englischen Agnaten, Hr. Holzmann, Bibliothekar des Prinzen von Wales, ist von hier abgereist, nachdem er ein Schluß-Protokoll unterzeichnet, aus welchem hervorgeht, daß er von den Unterhandlungen Kenntniß genommen.

**Berlin,** 8. Oktbr. (Nordd. Reichstag.) 16. Sitzung. (Schluß.) Wir lassen hier den weiteren Verlauf der im Morgenblatte abgebrochenen Debatte folgen. Abg. Dr. Schwartze wendet sich gegen die Ausführungen des Vorredners. Der Hr. Vorredner habe geäußert, daß durch Annahme des Antrages das ganze Gesetz gefährdet werden könnte; dies glaube er nicht, auch mache er den Antrag von dem Stehen und Fallen des Gesetzes nicht abhängig; auch könne er das Verfahren der Antragsteller nicht für inkonstitutionell halten. Differenzen seien schwer zu vermeiden, doch dürfe man darum noch nicht irgend einem Theile mala fides vorwerfen und sei bei solchen Differenzen eine unparteiische, richterliche Entscheidung nur vortheilhaft, denn nur im Gesetze und dem darauf beruhenden Richterspruche sei eine Grundlage geboten, langjährige Zwiste zu vermeiden. — Vorsitzender des Bundesrathes v. Friesen: Er stimme im Wesentlichen mit den Ansichten des Hrn. Twesten überein und wolle nur auf einige allgemeine Punkte hinweisen. Es frage sich, ob der Antrag eine Verfassungsänderung involvire oder nicht, im Falle der Bejahung gehöre derselbe nicht in die Berathung eines einzelnen Gesetzes, wie das vorliegende; bezwecke der Antrag aber eine Verfassungsänderung in Bezug auf eine einzelne Richtung, ein einzelnes Gesetz, so müsse derselbe ja entweder bei jedem Gesetz oder jedes Jahr von Neuem zur Sprache kommen. Man möge also den Antrag ansehen, wie man wolle, so empfehle es sich in keinem Falle, denselben an dieser Stelle zu erörtern. Auch müsse er auf Art. 72 der Verfassung verweisen, wonach nicht nur der Reichstag, sondern auch der Bundesrath zur Entlastung des Budgets eine entscheidende Stimme habe. Er könne daher nur die Ablehnung des Antrages empfehlen. — Abg. Graf Schwerin: Er halte die Minister-Verantwortlichkeit auch für nöthig, der Zeitpunkt, wo dieselbe eingeführt werden müsse, werde schon kommen; das Etatsgesetz sei aber nicht der Ort, ein so wichtiges Gesetz zu erörtern, daher stimme er gegen den Antrag. — Abg. Dr. Waldeck: Er befinde sich in Verlegenheit diesem Antrage gegenüber. Derselbe berühre neben der Minister-Verantwortlichkeit auch die civilrechtliche Verantwortlichkeit der Minister; diese letztere sei in Preußen noch niemals bestritten worden; aber es hätte kein Gebrauch davon gemacht werden können, weil es an einem Gerichtshofe zur Entscheidung fehlte. Seiner Meinung nach müsse die civilrechtliche Frage von den gewöhnlichen Gerichten entschieden werden, aber nicht von dem im Antrage genannten Gerichtshofe. — Er möchte ferner hier den Wunsch aussprechen, daß man bei den Anträgen nicht darauf Rücksicht nähme, von welcher Seite dieselben gestellt würden. — Solle aber eine civilrechtliche Verantwortung existiren, so müsse sie sowohl bei den Einnahmen, wie bei den Ausgaben vorhanden sein. Die formellen Bedenken, die gegen den Antrag vorgebracht werden können, halte ich für unbegründet und es ist jedenfalls etwas Gutes, obwohl nicht ohne alle Bedenken in Bezug auf die Art und Weise, wie es geschieht, die civile Verantwortlichkeit auf eine ausführbare formale Basis zu bringen, die bisher in Preußen fehlte. — Abg. Dr. Michaelis: Es handelt sich nicht blos um formale Bedenken, sondern um die Frage, ob der Reichstag in eine für die gesammte konstitutionelle Entwickelung sehr gefährliche Praxis eingehen soll. Wenn wir solche Bestimmungen in das Budget aufnehmen wollen, kann sich da die Sache nicht auch einmal umkehren und der Bundesrath die Annahme des Budgets von Bedingungen abhängig machen, die uns nicht gefallen? Diese Art und Weise ist kein verfassungsmäßiges Zusammenleben mehr. Ich bitte Sie, den Antrag abzulehnen. — Abgeordn. Grumbrecht: Die Verantwortlichkeit scheint mir doch etwas zu Ernstes zu sein, als daß man sie in so wenigen Paragraphen abmachen kann, wie die Antragsteller es versuchen. In Rußland ließe ich mir das schon gefallen. Den ganzen Inhalt des Antrages halte ich für unausführbar und ohne Nutzen für den Reichstag. Was kann es diesem nutzen, wenn der Bundeskanzler zu einem Ersatz von 20,000 Thlrn. verurtheilt wird? Ich bitte, den Antrag abzulehnen. (Bravo!)

Abg. Dr. Haenel: Die Ernsthaftigkeit des Antrags werden Sie einsehen, wenn Sie den Unterschied zwischen der civilrechtlichen und politischen Verantwortlichkeit beachten. Der Antrag soll die große Frage nicht erschöpfen, sondern nur ein Auskunftsmittel geben, um die in der Verfassung gebotene civilrechtliche Verantwortlichkeit auch wirklich zur Ausführung zu bringen. — Abg. Wagner (Neustettin): Ernsthaft haben es die Antragsteller wohl gemeint; aber sie haben nicht verstanden, was sie gemeint haben, und das ist um so schlimmer, je ernsthafter sie es gemeint haben. Mir sind die Unterzeichner des Antrags interessanter als der Antrag selbst; denn es sind die, welche sich uns bisher immer als Partikularisten zeigten. Sie vergessen, daß mit der Ministerverantwortlichkeit die Kleinstaaterei abnimmt. Ich gratulire Ihnen zu dieser Schwenkung. (Heiterkeit.) — Der Antrag auf Schluß der Diskussion wird abgelehnt. — Abg. Lasker: Das in dem Antrage gebotene Verfahren ist Nichts als eine juristische Anarchie. Wir stimmen aber nicht gegen die Verantwortlichkeit selbst, sondern gegen die ungeschickte Redaktion des Antrages. — Hierauf wird die Generaldebatte geschlossen. Zu persönlichen Bemerkungen erhalten das Wort die Abgg. Dr. Waldeck, Dr. Schwartze, Dr. Michaelis. — Hierauf wird die Spezial-Debatte eröffnet und §. 1 fast einstimmig angenommen; dagegen stimmen nur die Abg. Bebel, Försterling und Liebknecht. — Zu §. 2 nehmen das Wort der Abg. Aegidi, der die Ablehnung des Antrages empfiehlt, und der Abg. Reichensperger, der die Antragsteller noch gegen einige Vorwürfe verwahrt. Er sei verwundert, daß eine Partei, die vor einigen Wochen noch die Zöpfe abgeschnitten wissen wollte, auf die englischen parlamentarischen Anschauungen sich stütze. Die Sicherstellung der Verausgabung gehöre zum Budget und das bezwecke der Antrag. Kein Staat könne bestehen, wenn das Budget verweigert würde. Der englische Grundsatz beruhe auf dem Zweikammersystem. Redner wendet sich jetzt gegen die Ausführungen des Abg. Michaelis. Der Antrag sei sehr praktisch. Ob das Objekt der Anklage klein oder groß, sei gleich; es handele sich nur um das Recht. Für die Verantwortlichkeit seien Ausnahmegerichte nothwendig. Der Antrag sei nicht zu verwerfen; wer das wolle, wolle überhaupt keine Verantwortlichkeit. (Bravo). Ein Antrag auf Schluß wird von dem Abg. v. Luck gestellt und von der Majorität des Hauses angenommen. Der Präsident verliest den Antrag und schreitet zur Abstimmung. Der Antrag wird abgelehnt. Es folgt die Abstimmung über Feststellung des Haushaltsetats und wird derselbe fast einstimmig angenommen. Es liegt ferner ein Antrag des Abg. Lasker für die Vorberathung über den Vertrag, betreffend die Fortdauer des Zoll- und Handelsvereins vom 8. Juli d. J. vor. Ich schlage zunächst Generaldebatte über die ganze Vorlage und dann Spezialdebatte über jeden einzelnen Vertrag vor. Dafür sind als Redner eingeschrieben: Dr. Michaelis, Dr. Braun, Lasker, Dr. Aegidi, dagegen Abg. von Carlowitz und Ziegler. — Abg. Dr. Michaelis: Es sei seit langer Zeit die wichtigste und erfreulichste Berathung, es sei die erste Erweiterung über das ganze Gebiet Deutschlands; es sei eine Berathung über eine Institution, in welcher die Gemeinsamkeit des Vaterlandes dargestellt würde, und welche Industrie und materielle Wohlfahrt zu heben geeignet sei. Die frühere Zollgesetzgebung zur Zeit des deutschen Bundes sei nicht entwicklungsfähig gewesen; nur mit größter Schwierigkeit hätten Aenderungen in derselben herbeigeführt werden können. Die jetzige Gesetzgebung beruhe auf dem Boden des freien Verkehrs, durch Zollparlamente und Bundesrath werde die Zollvereinsgesetzgebung beständig in Fluß erhalten. Nur unter der Voraussetzung sei ein Zollparlament gedeihlich, daß es gleichzeitig Süddeutschland in seiner politischen Stellung in eine engere Verbindung mit Norddeutschland bringe. Zoll- und Allianzverträge seien untrennbar. Es sei der erste Schritt zur Einigung Deutschlands und darum freudig zu begrüßen. Erst durch eine regelmäßige parlamentarische Gesetzgebung werde eine konsequentere Reform-Gesetzgebung über das Zollvereinswesen möglich. (Herzog v. Ujest übernimmt den Vorsitz.) Der frühere Zollverein habe eine wirkliche Gesetzgebung nicht gekannt. Das Zollparlament könne so lange als Aushülfe dienen, bis die staatliche Einigung Deutschlands angebahnt ist; durch das Parlament werde auch die Aufnahme Mecklenburgs gesichert. Die Großherzoglich mecklenburgische Regierung habe sich durch den Vertrag mit Frankreich nur selbst eine Verlegenheit bereitet und bedürfe sie allein der Entlassung aus den Verbindlichkeiten des Vertrages. — Wünschenswerth wäre es, wenn die Einheit des Verkehrs, wie sie früher bei Salz und Taback bestand, auch auf die übrigen Produkte ausgedehnt würde, und stände dieser Wunsch in Verbindung mit den übrigen, auf die staatliche Einheit Deutschlands sich beziehenden Wünschen, der erste Schritt dazu wurde durch Genehmigung der Verträge gethan. — Hierauf überreicht der Redner dem Präsidenten einen auf Genehmigung der Verträge gerichteten Antrag. — Abg. v. Carlowitz (gegen die Genehmigung der Verträge). Redner, der sehr schwer zu verstehen, erklärt sich besonders gegen das Stimmenverhältniß in den Verträgen, weil dadurch Preußen und zwar zum Schaden des norddeutschen Bundes majorisirt werden kann. — Abg. Dr. Braun (für die Vorlage). Die Geschichte des Zollvereins bilde das wichtigste Kapitel in der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts, und widerlege die Geschichte des Zollvereins diejenigen Gründe, welche gegen die Konföderirung des norddeutschen Bundes vorgebracht. Gegen den Zollverein habe man zur Zeit dieselben Bedenken erhoben, welche man heut der Konstituirung des norddeutschen Bundes entgegenhält: ehrgeizige Gelüste Preußens u. s. w. Die Geschichte des Zollvereins bilde aber die Vorgeschichte des norddeutschen Bundes, denn ohne den Zollverein kein norddeutscher Bund; Zollverein aber und einheitliche Armee — beides Werke Preußens — seien die Grundsteine der deutschen Einheit. Die Vorzüge des neuen Zollvereins beständen in der Beseitigung des liberum veto, in der Errichtung einer Centralgewalt, welcher eine Volksvertretung mit parlamentarischem Rechte beigegeben, und in der Schöpfung eines Verfassungsstaates. Dadurch sei der neue Zollverein geschützt vor den Krisen, denen der frühere Zollverein bei Kündigung der Verträge so oft ausgesetzt war, und dadurch werde er unabhängig von den Südstaaten. Es herrschten übrigens in Betreff der Beziehungen zu den Südstaaten viel zu pessimistische Ansichten. Baden und Hessen seien für sofortigen Anschluß, auch in Würtemberg und Baiern existire eine große nationale Partei, welche die Nothwendigkeit des Anschlusses an Norddeutschland wiederholt proklamirt hat. Selbst die preußenfeindlichen Elemente in Baiern seien darum noch nicht österreichisch gesinnt, denn sie hätten Oesterreichs finanzielle und wirthschaftliche Krisis zu nahe vor Augen. In Franken und Schwaben erblicke man in einer Trennung den Ruin Süddeutschlands. Die neuen Verträge seien bei Weitem vortheilhafter, als die früheren. Während früher der Verein bei nothwendigen Reformen oder bei Ablauf der Vertragszeit in steter Gefahr des Auflösens geschwebt, sei heute ein Kern vorhanden, der diese Uebelstände unmöglich mache. Der einzelne Staat trage heute die Folgen seines Nichtbeitritts. Man habe sogar in den neuen Verträgen die Handhabe, welche die süddeutschen Staaten zwänge, die abgeschlossenen Schutz- und Trutzbündnisse zu genehmigen, da wir mit demselben Rechte nach deren Ablehnung die Gemeinschaft in Handel und Wandel ablehnen müßten. Er benutze sogar diese Gelegenheit, die süddeutschen Volksvertretungen auf die verhängnißvollen Folgen für die wirthschaftliche Lage des Landes aufmerksam zu machen, die eine Ablehnung der Schutz- und Trutzbündnisse bedinge. Mit der heutigen Vorberathung sei ja noch keineswegs die Grundlage weggegeben, es folge noch die Schlußberathung. Die Tendenz des Laskerschen Antrages billige er auch, aber er halte ihn in Form und Fassung nicht opportun. Die süddeutschen Brüder müßten zu uns kommen und werde die Macht der Verhältnisse sie auch dazu drängen. — Der Abg. Ziegler verlangt in Folge der im §. 4 des Vertrages vorkommenden Worte „oder zubereiteter Taback" eine Erklärung von der Regierung, ob sie in Zukunft mit einer Fabrikationssteuer aufzutreten gedenke. — Der Präsident des Bundeskanzler-Amts Delbrück erklärt, daß die betheiligten Regierungen bei Vereinbarung des vorliegenden Paragraphen im Taback einen ungemein besteuerungsfähigen Gegenstand erblickt hätten, und daß er im Zollverein nicht das Mögliche leiste; aber daß sie eben so wenig wie heute, damals in der Lage gewesen seien, sich schlüssig zu machen über einen höheren Ertrag des Tabacks. Man habe es jedoch für nöthig befunden, sich für alle Eventualitäten vorzusehen. Die fraglichen Worte drückten daher wohl aus, daß eine derartige Besteuerung in Erwägung gezogen sei, nicht aber daß sie schon beschlossen sei. Ob der Reichstag ein später vorzulegendes Gesetz, das auch eine Fabrikationssteuer in sich schließt, annehmen oder verwerfen wolle, sei ganz unabhängig von dem Wortlaut des in Rede stehenden Paragraphen. — Abg. Lasker: Er sei von der Annahme der Verträge überzeugt. Für ihn bestehe der so enge Zusammenhang zwischen den vorliegenden Verträgen und den Schutz- und Trutzbündnissen nicht. Schon der Herr Bundeskanzler habe bemerkt, daß man weit entfernt davon sei, eine Pression auf den Süden ausüben zu wollen. Er habe sich nur zum Wort gemeldet, um seinen Antrag zu motiviren, der in Verbindung mit den vorliegenden Verträgen einen Impuls geben solle zur wirklichen staatlichen Thätigkeit: daß einzelne Staaten des Südens zum Anschluß an den Norden bereit seien, beweisen die Verhandlungen der badischen Kammern. Der spezielle Inhalt seines Antrages bezwecke die Gemeinsamkeit zwischen den einzelnen süddeutschen Staaten mit dem Norden zu begründen. Man sei heute sowohl jenseits wie diesseits des Mains der Ansicht, daß gerade das Zollparlament die Aufgabe habe, das wahre deutsche Parlament herzustellen. Sein Antrag ermögliche eine Organisation, die nach Fortfall der festbegrenzten Kompetenz der Verträge eine Verschmelzung der Parlamente zulasse. Wenn man dem Süden möglichst viel Wohlthaten erweise, erwecke man auch in ihm das Gefühl der Zusammengehörigkeit.

Der Abg. Aegidi: Er habe den Eintritt eines der süddeutschen Staaten nie rechtlich abhängig gemacht von der Zustimmung der Uebrigen. Die Zoll-Politik habe den norddeutschen Bund begründen helfen und ein deutscher Staatsmann habe schon 1861 in einer Denkschrift den Gedanken durchgeführt, daß nur eine Zollvereinspolitik auch die nationale Frage zu einem günstigen Resultate führe, das durch eine gemeinsame deutsche Volksvertretung besiegelt werde. Ihrer Natur nach seien die Verträge unzerreißbar, der Zollverein feiere gerade in diesem Sinne seinen Triumph, indem er die Vergangenheit besiegte und die Zukunft begrüßte. Der Abg. Graf Bassewitz verwahrt die mecklenburgische Regierung gegen die ihr unterschobenen Motive bei Abschluß des Handelsvertrages mit Frankreich. Abg. Graf Schwerin hält es für bedenklich, nachdem schon die Adresse den Wunsch nach einem Anschluß offen ausgesprochen, für den Lasker'schen Antrag zu stimmen. Man könne annehmen, daß sowohl der Bundeskanzler, wie die verbündeten Regierungen, von dem Wunsche durchdrungen seien, das begonnene Werk zu vollenden. Der Abg. Braun habe mit Recht auf die Zulässigkeit von Konventionen hingewiesen, Anträge, wie der Lasker'sche, könnten sehr schädlich werden, wenn sie abgelehnt würden, was von dem Lasker'schen wegen seiner Form zu erwarten. Er bäte daher den Antragsteller, die Tendenz seines Antrages zu erörtern, jedoch diesen zurückzuziehen. Abg. v. Hennig: Er freue sich über die Erörterungen des Abg. Aegidi, sei auch ein Gegner der Fabrikationssteuer, theile aber nicht die Ansichten des Abg. Ziegler. Die Debatte wird hiermit geschlossen und folgen persönliche Bemerkungen der Abgg. Dr. Michaelis und Dr. Aegidi. — Der Abg. Lasker zieht jetzt seinen Antrag zurück. — Abg. Dr. Fromme bleibt auf der Journalistentribüne unverständlich. — Der Antrag auf Vertagung wird abgelehnt. — Der Vertrag wird jetzt fast einstimmig angenommen; dagegen stimmen nur die Abgg Böckel, Liebknecht, Dr. Götz und einige Andere. — Präsident: Der Präsident des Bundeskanzleramtes hat den Wunsch ausgesprochen, morgen keine Plenarsitzung anzuberaumen. Die nächste Sitzung wird auf Donnerstag anberaumt. Tagesordnung: 1) Schlußberathung über den Antrag des Abg. Lasker, betr. die Aufhebung der Zinsbeschränkung bei Immobilien; 2) der erste Bericht der Petitions-Kommission. Schluß der Sitzung 3 Uhr 15 Min.

**Altona,** 7. Oktober. In einer unlängst abgehaltenen Versammlung des Industrievereins lenkte der stellvertretende Herr Vorsitzende die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die jüngst im

Reichstage erfolgte Erklärung des Präsidenten des Bundeskanzler-Amtes, Delbrück, in Betreff der Stellung Altonas zum Zollverein. Im Laufe der Debatte wurde die Nothwendigkeit der ungesäumten Absendung eines Schriftstücks nach Berlin hervorgehoben, in welchem es dargelegt werden solle, daß man in Altona nicht so ungetheilt die Freihafenstellung zu behalten wünsche, wie dies nach dem Antrage des Abgeordneten für unsere Stadt scheine.

## Ausland.

**Wien,** 8. Oktober. In der heutigen Sitzung des Unterhauses brachte der Reichskanzler Frhr. v. Beust das Elaborat des Ausgleichs mit Ungarn ein. Die Gesetzentwürfe über die richterliche Gewalt, die vollziehende Gewalt und die Einsetzung eines Reichsgerichts werden ohne Debatte in zweiter Lesung angenommen. Ueber den Gesetzentwurf, betreffend die allgemeinen Staatsbürgerrechte, fand die Generaldebatte statt.

**Wien,** 8. Oktober. In der heutigen Sitzung des Unterhauses forderte der Abgeordnete Toman (Krain) die Regierung auf, sich offen darüber auszusprechen, welche Prinzipien sie in Bezug auf die Gestaltung der österreichischen Staatsverhältnisse annehme, ob Centralisation oder Autonomie. Der Reichskanzler Frhr. v. Beust erwiederte: Wird die Frage in dieser Weise als Gegensatz hingestellt, so ist die Regierung weder für Centralisation noch für Autonomie. Wenn wir absolute Centralisation hätten, dann gäbe es keine Landtage. Das Delegationsgesetz werde den Ansprüchen der einzelnen Länder vollständig gerecht. Die Regierung sei für billige Ansprüche der Autonomie, könne sich aber nicht zu dem System bekennen, welches die Autonomie über die Reichseinheit stellt.

**Paris,** 8. Oktober. Aus Florenz wird gerüchtweise gemeldet, daß die Garibaldianer die päpstlichen Truppen bei Corese geschlagen haben.

**Paris,** 8. Oktober. Nach der „Patrie" hat Minister Moustier, welcher am 6. den neuen rumänischen Agenten Cretzulesco empfangen hat, demselben die wohlwollenden Gesinnungen Frankreichs gegen Rumänien zu erkennen gegeben und die Versicherung hinzugefügt, daß die Beziehungen zwischen den Tuilerien und der rumänischen Regierung den Charakter der herzlichen Freundschaft wieder angenommen hätten. — Dasselbe Journal veröffentlicht den vom „Globe" veröffentlichten Brief Kaiser Napoleons an Lavalette zum Verständnisse einer Berliner Depesche, welche den Abdruck des Kaiserlichen Briefes in Berliner Zeitungen und deren Kommentare signalisirt.

**Paris,** 6. Oktober. (Sp. Z.) Schon seit Jahren wird von hier aus immer darauf hingewiesen, daß Frankreich in Angst und Sorgen schwebt, wenn die an der Spitze der Civilisation marschirende Nation von 40 Millionen sich „isolirt" fühlt. Und dies ist jetzt wiederum der Fall, daher das allgemeine Mißbehagen. Und wer erst einmal verstimmt ist, der bemerkt und empfindet natürlich jeden Mangel in seiner Nähe unangenehmer, und so steigert sich das Gefühl der Unzufriedenheit in allen Kreisen. Denn das mag man nur glauben, daß auch die Regierung eingesehen hat, der status quo sei nicht länger beizubehalten. Aber freilich der Ausweg ist schwer zu finden und weder Herr Nigra noch Hr. Rouher und Marquis v. Lavalette sind im Stande, der Macht der Verhältnisse entgegenzuarbeiten. Die römische Frage lastet wie ein Alp auf den Tuilerien, denn keine Lösung ist fähig, nach allen Seiten zu beruhigen. Allein es ist auch nicht die Gewohnheit Napoleons III., Lösungen zu wollen; er hat immer nur die halben Maßregeln geliebt. Noch war der Krimkrieg nicht zu Ende, als er anfing, mit den Russen zu liebäugeln. Noch war Italien nicht frei bis zur Adria, als Franz Joseph die Friedensvorschläge erhielt. Noch war der mexikanische Thron nicht umgestürzt, als die Tuilerien anfingen, dem Weißen Hause den Hof zu machen. Wie im Aeußern, so im Innern schreckte das Kaiserreich vor den Folgen seiner eigenen Handlungen zurück und gerade deshalb ist es ihm unmöglich, Bundesgenossen zu haben. Louis Blanc, in einer seiner Wochen-Korrespondenzen an den „Temps", erklärt geradezu, daß England für Deutschlands Einheit begeistert sei, natürlich nicht aus Liebe zu den Germanen, sondern weil es in dem gestärkten und gehobenen Lande den besten Zügel für den Ehrgeiz Frankreichs erblickt. Belgien fürchtet sich, von dem Nachbar verschlungen zu werden, Italien haßt den Wächter der weltlichen Macht und Oesterreich ist unfähig, dem Sieger von Solferino die Hand zu reichen, ohne sein Bestehen zu gefährden, denn im Augenblicke der Aufnahme des Kampfes gegen Deutschland stürzt Rußland auf die slawischen Länder, in denen eine kräftige Bewegung vorbereitend wirkt. So steht denn Frankreich allein, ohne politisches Programm, ohne Selbstvertrauen, ohne Bundesgenossen: ein solches Bewußtsein ist nicht erfreulich in einem Lande, dessen Geschick einzig von dem persönlichen Gutdünken eines Mannes abhängt. Trotz aller falschen Gerüchte und ohne dieselben ist also vorläufig auf Ruhe und Sicherheit der öffentlichen Lage in Frankreich nicht zu rechnen, aber ebensowenig an einen Krieg gegen das Ausland zu denken.

**Florenz,** 6. Oktober. Eine große Demonstration zu Gunsten des römischen Aufstandes ist von dem politischen Volksverein in Turin veranlaßt worden, wobei folgende Adresse an den Präfekten einstimmig angenommen wurde: Herr Präfekt! Die Bevölkerung in Turin, welche nie glauben konnte, daß die September-Uebereinkunft allein das Votum des ersten italienischen Parlaments vom 27. März 1861, welches Rom zur Hauptstadt Italiens machte, umstoßen könne; daß diese Uebereinkunft die großmüthigen Söhne der Nation verhindern könne, dem Rufe der Römer zu entsprechen, welche sich jetzt erheben, um die weltliche Macht des Papstes zu stürzen und sich dann an die große italienische Familie anzuschließen, hegt die wärmsten Wünsche, daß die gerechten Bestrebungen der ganzen Halbinsel schnell mögen befriedigt werden, und zu gleicher Zeit bittet dieselbe Sie, die Regierung ihren heißen und unwiderruflichen Wunsch kennen zu lassen. Turin, 3. Oktober 1867. Für die Bevölkerung: Das Comité der Bürger." Die Versammlung begab sich dann in Masse auf den Castelloplatz mit einer Fahne, welche die Inschrift trug: „Es lebe Garibaldi! Es lebe Rom, die Hauptstadt Italiens." Die Deputation wurde mit der größten Höflichkeit von dem Präfekten empfangen und die Adresse angenommen. Die Bevölkerung ließ Garibaldi und die Hauptstadt Rom hochleben und trennte sich dann.

⊙ **Aus Petersburg,** 4. Oktober. Der Umstand, daß alle Beurlaubungen eingestellt und die beurlaubten Offiziere und Soldaten bis zum Ende November einberufen sind, dürfte ein Fingerzeig dafür sein, daß man hier den Dingen doch nicht so recht traut und für alle Fälle vorbereitet sein will. Die Einlieferungen von Hinterladungsgewehren aus den verschiedenen Fabriken dauern fort, doch scheint man im Konstruiren derselben noch nicht überall gleich sicher zu sein, da von der niedergesetzten Prüfungskommission fortwährend Gewehre wegen vorgefundener Fehler im Baue zurückgestellt werden. — Die Moskauer Blätter eifern lauter als je gegen Oesterreich wegen dessen Benehmen gegen die Ruthenen und seine Konzession, die es den Polen, wenn auch nur versprechungsweise zur Gefährdung der Ruhe im Königreich Polen macht. „Wie sich Oesterreich im Krimkriege undankbar gegen Rußland benommen und mit dessen Feinden sich indirekt liirt hat — sagt die Wiedesta — so tritt es auch jetzt wieder überall den Absichten des Petersburger Kabinets störend entgegen und strebt namentlich darnach, die Versuche, welche dieses zur friedlichen Lösung der Angelegenheit im Orient anzubahnen sucht, zu vereiteln. — Die russischen Landwirthe, welche sich in Lithauen und den westlichen Gouvernements angekauft haben, kehren fast alle wieder in die Heimath zurück und sind einstimmig der Ueberzeugung, daß ein Russe da nicht gedeihen könne, wo die Kultur bereits über ihm steht; die Mission des Russen ist der Osten, dort kann er kultiviren und sich ausbreiten; im Westen hat er nichts zu thun.

**Mexiko.** Die sterblichen Ueberreste des Kaisers Maximilian sind, wie der „Courrier des Etats-Unis berichtet, am 7. September in Mexiko angekommen, und trotz der Schwierigkeiten aller Art, auf die der Admiral Tegethoff gestoßen, wird doch wahrscheinlich seine Mission vom Gelingen gekrönt werden. Der Leichnam des verstorbenen Kaisers wird an der Seite des Staubes seiner erlauchten Ahnen ruhen dürfen. Ein Arzt aus Irapuato, Namens Don Miguel Quemado, hat einer sonderbaren Idee Ausdruck gegeben, indem er an die oberste Regierung eine Petition gerichtet, daß man ihm erlauben möge, die Leiche Maximilian's zu verbrennen, und zwar, wie aus dem Schlusse der Petition hervorgeht, nur um für die Todtenverbrennung, deren fanatischer Anhänger der Doktor ist, durch ein so glänzendes Beispiel Propaganda zu machen. Juarez hat den Petenten indessen abgewiesen. — In Mexiko ging das Gerücht, Marquez sei es gelungen, in die Gebirge von Huasteca zu entkommen.

---

## Pommern.

**Stettin,** 9. Oktober. Innerhalb der letzten 3 Monate haben die hiesigen Brücken- und Bahnhofsbauten der Berlin-Stettiner Eisenbahn bedeutende Fortschritte gemacht. Die drei Strompfeiler der neuen Oderbrücke sind bis auf die Deckschichten fertig, der Auflagepfeiler des rechten Oderufers wird in wenigen Tagen vollendet sein und derjenige des linken Ufers hat bereits das künftige Niveau der Straße erreicht; in 3 Wochen soll der gesammte Unterbau vollendet und der eiserne Oberbau in Angriff genommen werden, von dem man die Drehöffnungen noch bis zum Jahresschluß herzustellen hofft. Die bereits gänzlich vollendete Parnitzbrücke ist am Sonntag durch gleichzeitige Belastung mit 4 schweren Güter-Lokomotiven im Gesammtgewicht von mehr als 4000 Centner hinsichtlich ihrer Festigkeit geprüft und hat diese Probe keine wahrnehmbare Veränderung an derselben hervorgebracht. Die am östlichen Ende der Brücke im Bau begriffenen Festungswerke sollen in diesem Herbst noch im Rohbau fertig werden, mit dem Bau der von hier längs dem Kanal bis zur Zugangsbrücke am Dammschen Wege projektirten massiven Futtermauer ist gleichfalls schon begonnen und die letztere, eine einarmige Drehbrücke, erhält gegenwärtig ihren Belag. Auf dem 300 Ruthen langen und durchschnittlich 58 Ruthen breiten (also mehr als 100 Morgen umfassenden) Planum des Bahnhofes, zu dessen Aufschüttung ungefähr ½ Million Schachtruthen Sand erforderlich waren, sind von den 6 daselbst projektirten (4 größeren und 2 kleineren) Güterschuppen vorläufig zwei größere auf ⅔ ihrer Länge, 350′, bei einer Tiefe von 60′ (oder mit dem Ladeperron 72′) zum Gebrauche fertig. Dem der Stadt zunächst liegenden Schuppen fügt man augenblicklich noch einen 250′ langen Anbau an, da die Gesammtlänge der 4 größeren Schuppen auf je 600′ berechnet ist. Zwischen den beiden ziemlich vollendeten Güterschuppen, in einer Fronte mit ihnen, liegt das Expeditionsgebäude. Im Parterre desselben befinden sich zwei Säle zu Expeditionsbüreaus für ankommende und abgehende Güter nebst den nöthigen Nebenzimmern, der obere Stock enthält zwei kleinere Dienstwohnungen für Subalternbeamte. Auf die Benutzung dieser Baulichkeiten, die bereits zum 1. d. M. in Aussicht genommen war, ist bis zum nächsten Frühjahr verzichtet, da die Militärbehörde gestattet hat, daß der Abbruch der alten auf der Silberwiese stehenden Güterschuppen noch bis dahin unterbleiben kann. Die Wasserstation steht bis auf ihre Speisung mit Wasser gleichfalls fertig da und zur Beschaffung letzterer aus der städtischen Wasserleitung legt man schon die Röhren bis zur Parnitz; zur Fortführung der Leitung durch die Parnitz steht noch die Genehmigung der Regierung und des Magistrats zu erwarten. In der Nähe der Parnitzbrücke ist die Kolesch'sche Werkstatt sammt Beizhaus für das Eisen errichtet, woselbst man mit Anfertigung des ersten der 27 Joche beschäftigt ist, aus denen der Viadukt bestehen wird, der die Parnitz- und Oderbrücke verbinden soll. Innerhalb 3 Wochen hofft man, das erste Joch aufstellen zu können. Neben dem Beizhause ist ein Brunnen der Vollendung nahe, der lediglich zu dem Zwecke gebaut wird, um das zum Beizen des Eisens nöthige Wasser herbeizuschaffen. Zu Betriebszwecken kommen in diesem Jahre nur die beiden fertigen Hauptgeleise insoweit zur Anwendung, als man zeitweilig ankommende beladene Güterwaggons darauf placirt, um (wie in diesem Augenblick in Folge des bedeutenden Getreidetransportes) Raum für den sich häufenden Güterverkehr zu schaffen.

— Heute Vormittag fand die Einführung des Polizei-Inspektors Herrn v. Trützschler in sein hiesiges Amt durch den Herrn Polizeidirektor statt.

— Gestern sind die Anfangs September von dem Glockengießer Herrn Voß hierselbst gegossenen vier größeren Glocken an ihren Bestimmungsort (Berlin) abgegangen. Am 28. v. Mts. fand wiederum der Guß von sechs Kirchenglocken statt, von denen zwei für Lanke, zwei für Vietzow, eine für Brügge und eine für Panin bei Arnswalde bestimmt. Augenblicklich ist Herr Voß mit den Vorarbeiten zum Guß von fünf Glocken beschäftigt, von denen zwei für den Thurm von Freienwalde bestimmt sind, der bekanntlich am 11. April d. J. vom Blitzstrahl getroffen, abbrannte, wobei die beiden kleineren Glocken schmolzen, während es Herrn V., der damals gerade mit dem Aufhängen der großen Glocke beschäftigt war, gelang, diese zu retten. Von den übrigen Glocken ist eine für Bossen bei Frankfurt a. O. und zwei sind für Neuendorf bei Bahn bestimmt.

— Von dem Uhrmacher Herrn Knobel wurde gestern ein Frauenzimmer angehalten, welches dort eine goldene Cylinderuhr zum Kauf anbot. Herr K. hatte diese Uhr erst vor Kurzem reparirt und kannte deshalb den Eigenthümer derselben, einen Studiosus O. von hier. Diesem war die Uhr vor etwa 14 Tagen bei Gelegenheit einer sogen. „Bierreise" mit einem seiner Studiengenossen auf nicht näher ermittelte Weise abhanden gekommen. Gleiches Schicksal hatte übrigens auch den Letzteren bezüglich seiner Uhr betroffen. Das Frauenzimmer, eine Freudendirne, behauptet, die Uhr eines Morgens in ihrem Zimmer gefunden zu haben, nachdem ein Herr, der nicht hat ermittelt werden können, sie verlassen. Wahrscheinlich ist dies der Dieb jener Uhren gewesen.

— Vorgestern Nachmittag ist dem Althändler Pach aus seinem Verkaufslokale, Papenstr. 16, ein dunkelblauer Ratiné-Ueberzieher, 7 Thlr. werth, und gestern Mittag dem Schenkwirth Scholwin aus unverschlossener Stube seiner Lastadie Nr. 2 belegenen Wohnung ein Sommerüberzieher gestohlen; die Diebe sind bisher nicht ermittelt.

— In vorletzter Nacht wurde eine in dem Grundstück Wallstraße Nr. 38 befindliche, dem Kaufmann Alb. Haber gehörige Remise gewaltsam geöffnet, einer der dort aufbewahrten Zuckerfässer erbrochen und aus demselben eine Quantität gemahlener Raffinade (ungefähr 5 Ctr. im Werthe von 70 Thlr.) gestohlen. Der Diebstahl ist muthmaßlich von 2 Personen verübt, welche sich mit einem Boot nach dem am grünen Graben belegenen Grundstück begeben, dann den Festungswall überstiegen und sich nach Losbrechen d.s vor der Remise befindlichen Vorlegeschlosses, sowie der den Riegel haltenden Krampe, Eingang verschafft haben.

— Im internationalen Verkehr werden telegraphische Depeschen sehr oft dadurch zwecklos und gelangen nicht an ihre Bestimmung, daß die Adreßorte ungenau angegeben, oder dieselben mit einem ähnlich oder gleichlautenden, in einem anderen Staate gelegenen Orte verwechselt werden. Um diesem bei dem gesteigerten Verkehr und bei der Zunahme gleichlautender Stationen verschiedener Staaten sich immer mehr ausdehnenden Uebelstande zu begegnen, hat die Königliche Telegraphenverwaltung bestimmt, daß bei dem Aufgeben aller Depeschen, welche nicht nach Orten gerichtet sind, deren geographische Lage, als der Hauptstädte und Haupt-Börsen-Plätze 2c., unzweifelhaft ist, vom Absender die nähere Bezeichnung des betreffenden Staats, besonders der angrenzenden Länder, angegeben werden soll.

---

## Schiffsberichte.

**Swinemünde,** 8. Oktober, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Henriette, Peters, von Stolpmünde. Sophie, Sörensen, von Kopenhagen. Nordstern (SD), Wulff, von Elbing. Revier 15 3/12 F. Strom ausgehend.

---

## Börsen-Berichte.

**Stettin,** 9. Okt. Witterung: schön, leicht bewölkt. Temperatur + 9 ° R. Wind: SW.

An der Börse.

Weizen matter, loco per 2125 Pfd. gelber 93—99 Rt., besserer 100 bis 104 Rt. bez., 83—85pfündiger gelber Oktober 104 Rt. bez. u. Br., Oktober-November 99 Rt. Br. u. Gd., Frühjahr 99 Rt. bez. u. Br.

Roggen schließt niedriger, pr. 2000 Pfd. loco 75, 77 Rt. bez., Oktober 77, 76⅞, ¾, ½ Rt. bez. u. Br., Oktober-November 75 Rt. bez., 74¾ Br., Frühj. 70½, ¼ Rt. bez., 70 Gd.

Gerste loco per 1750 Pfd. Oderbruch 53, 54 Rt. bez., schlesische 52 bis 55 Rt. bez., mährische 54—56 Rt. bez., Frühj. pommersche 69 bis 70pfd. 54 Rt. Br.

Petroleum loco 7½ Rt. Gd., Oktober-November 7⅔, ¾ Rt. bez., Dezember 7⅚ Rt. bez.

Hafer loco pr. 1300 Pfd. 33—34 Rt. bez., 47—50pfd. Frühjahr großer 35 Rt. bez., bleibt Brief.

Winterrübsen loco 82—85 Rt. bez, Oktober 86 Rt. bez.

Raps 83—86½ Rt. bez.

Rappkuchen loco Kleinigkeiten 2¼, ⅓ Rt. bez.

Rüböl höher bezahlt, loco 11⅔ Rt. bez., 11¾ Rt. Br., Oktober 11 7/12 Rt. bez. u. Br, 11½ Gd., Oktober-November ½ Rt. bez. u. Br., Dezember-Januar 11 5/12 Rt. bez. u. Gd., April-Mai 12 Rt. bez. u. Br.

Spiritus fest und höher, loco ohne Faß 23 5/12, ½ Rt. bez., Oktober 22⅚, ⅞, 11/12 Rt. bez. u. Br., 22⅚ Gd., Oktober-November 20¾ Gd., Frühjahr 21 Rt. bez. u. Br.

Landmarkt.

Weizen 94—102 Rt., Roggen 76—79 Rt., Gerste 50—54 Rt., Erbsen 76—80 Rt. per 25 Schffl., Hafer 30—35 Rt. per 26 Schffl., Stroh pr. Schock 7—8 Rt., Heu pr. Ctr. 15 bis 25 Sgr.

**Breslau,** 8. Oktober. Spiritus per 8000 Tralles 21⅔. Weizen pr. Oktober 93 Br. Roggen pr. Oktober 70¾, per Frühjahr 65 Br. Rüböl pr. Oktober 11 Br., per Frühjahr 11 7/12. Raps pr. Oktober 95½ Br. Zink unverändert.

**Hamburg,** 8. Oktober. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, auf Termine flau, 2½ Rt. niedriger; pr. Oktober 5400 Pfd. netto 180 Bankothlr. Br., 179 Gd., pr. Oktober-November 178 Br. u. Gd. Roggen loco unbeachtet; pr. Oktober 5000 Pfd. Brutto 133½ Br. u. Gd., pr. Oktober-November 131½ Br. u. Gd. Hafer fest. Spiritus stille, unverändert. Rüböl behauptet, loco 24, per Oktober 24, per Mai 25¼. Kaffee verkauft 1500 Sack Santos loco zu 5—6¼. Zink fest, aber geschäftslos.

---

**Stettin,** den 7. October.

| | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|
| Hamburg | 6 Tag. | 151 B | St. Börsenhaus-O. | 4 | — |
| " | 2 Mt. | — | St. Schauspielh.-O. | 5 | — |
| Amsterdam | 8 Tag. | 142⅞ G | Pom. Chausseeb.-O. | 5 | — |
| " | 2 Mt. | — | Used. Woll. Kreis-O. | 5 | — |
| London | 10 Tag. | 6 24⅞ bz | St. Strom-V.-A. | 4 | — |
| " | 3 Mt. | — | Pr. National-V.-A. | 4 | 113 B |
| Paris | 10 Tg. | 81 5/12 bz | Pr. See-Assecuranz | 4 | — |
| " | 2 Mt. | — | Pomerania | 4 | 113 G |
| Bremen | 3 Mt. | — | Union | 4 | 103½ B |
| St. Petersbg. | 3 Wch. | 92⅞ G | St. Speicher-A. | 5 | — |
| Wien | 8 Tag. | — | Ver.-Speicher-A. | 5 | — |
| " | 2 Mt. | — | Pom. Prov.-Zuckers. | 5 | — |
| Preuss. Bank | 4 | Lomb. 4½ % | N. St. Zuckersied. | 4 | — |
| Sts.-Anl. 54 57 | 4½ | — | Mesch. Zuckerfabrik | 4 | — |
| " " | 5 | — | Bredower " | 4 | — |
| St.-Schldsch. | 3½ | — | Walzmühle | 5 | — |
| P. Präm.-Anl. | 3½ | — | St. Portl.-Cementf. | 4 | — |
| Pomm. Pfdbr. | 3½ | — | St. Dampfschlepp G. | 5 | — |
| " " | 4 | — | St. Dampfschiff-V. | 5 | — |
| " Rentenb. | 4 | — | Neue Dampfer-C. | 4 | 93 B |
| Ritt. P.P.B.A. | 4 | — | Germania | | 94½ B |
| Berl.-St. E. A. | 4 | — | Vulkan | | 95 B |
| " Prior. | 4 | — | St. Dampfmühle | 4 | 100½ G |
| " " | 4½ | — | Pommerensd. Ch. F. | 4 | — |
| Starg.-P. E. A. | 4½ | — | Chem. Fabrik-Ant. | 4 | — |
| " Prior. | 4 | — | St. Kraftdünger-F. | — | — |
| St. Stadt-O. | 4½ | 96 B | Gemeinn. Bauges. | 5 | — |